

Frage, ob er künftig mit der Rechten regieren werde, antwortet: „Weder mit der Rechten, noch mit der Linken“, so läßt er sich doch nicht verkennen, daß die französische Politik letzten Endes von den beiden übertragenden Köpfen bestimmt wird, die dem Kabinett ihren Stempel aufdrücken: Caillaux, dem Finanzminister, und Briand, dem Vizepräsidenten der Außenpolitik. Caillaux war bis heute ein Mann der Linken, und wenn es es hätte bleiben wollen, hätte er es gekonnt, auch ohne seinen Dankschreiben zu gefährden. Denn mit Recht wies der Sozialist Minin darauf hin, daß der Ausfall an der Umschneidung gemäß den Forderungen der Sozialisten durch eine Befreiung der Steuerfreiheit für die Zeichner der neuen wertbeständigen Anleihe Caillaux' mehr als ausgeglichen worden wäre. Nichts kann darüber hinwegtäuschen, daß der kapitalistische Finanzmann Caillaux sich mit voller Absicht seiner sozialistischen Freunde von gestern entledigen wollte, da er die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß er anachronistisch der kapitalistischen Tendenzen der Sozialisten Politik niemals sein Stabilisierungswerk vollenden könnte. „Denkt an die geschlossene Mehrheit, die sich im Senat gebildet hat“, rief er in der Kammer aus, und am dem Tage, an dem er als neugewählter Senator in den Senat eintritt, der ihm einst verurteilt und verdammte hat, bemüht er die nationalistische Mehrheit des Senats, um seine Freunde fallsittellen. Das ist ganz offenbar sein Ausfall mehr, sondern das ist ein bewußtes Hindernis nach rechts, wo er die Mehrheit für seine Pläne zu finden hofft.

Caillaux aber war der Mann im Kabinett, der mit gesunden Ansichten von der Notwendigkeit einer vernünftigeren Außenpolitik ein hartes Gegengewicht gegen den anderen und für uns wichtigsten Exponenten der französischen Politik, Briand, bilden konnte, um ihn an einem völligen Abgleiten in das nationalistische Fahrwasser zu hindern. Weis, Briand hatte sich mit seiner in der Mitte stehenden Kammergruppe dem Kartell der Linken angeschlossen, aber diese Haltung

entpang mehr dem persönlichen Gegensatz dieses ehrgeizigen, nach Macht strebenden Politikers zu Voicars, als einer grundsätzlichen Gegenrichtung gegen dessen Gewaltmethoden. Er zeigt die Krallen nicht so wie Voicars, aber das ist nur ein Unterschied in den Methoden. Wir brauchen nur an seine Nachkriegsworte zu denken, als er in den Jahren 1921 bis 22 Ministerpräsident war, daß er „als Gendarm der Entente Deutschland an der Rechte fallen werde“ und an seinen Hinweis, daß „Es in der Reich der französischen Kanonen liege“. Und wenn schon seit seinem Amtsantritt im April d. J. der neue scharfe Wind vom Dal d'Oran her weht, der zu den empörenden Entwaffnungsforderungen, zu der unfer Luftfahrt erdroffenden Luftnot und zu der völligen Umlegung der Sicherheitspolitik in französischem Sinne geführt hat, so ist das Veranlassung genug für uns, gegenüber einem Briand, der sich künftig auf eine Rechtsmehrheit stützt, und der seine Demungen mehr im Kabinett findet, auch die letzten Illusionen fahren zu lassen, die allzu verständnisvolle Politik der Briand bei uns anscheinend noch immer an den „Pinks“-Kurs in Frankreich knüpfen. Briand war es, der im Mai 1921 vertragswidrig die Ruhrhändel, Duisburg und Ruhrort besetzte, und der noch im letzten Jahre als französischer Völkerbundvertreter das Genfer Protokoll, die Bewehrung der Militärkontrollen durch das „Investigationskomitee“ und die Beschlüsse über die händige Rheinlandskontrollen veranlaßte. Seit Cannes ist er der eifrigste Anhänger des Plans eines engen französisch-englischen Garantiepakts unter Ausschluß Deutschlands, und so wenig er jetzt zum freundschaftlichen Bündnis des Dreimächteabkommens werden wird, wenn es ihm nicht gelinzt, uns in seinen Schlingen zu fangen, so wenig wird er darauf verzichten, uns durch das Angebot von angeblichen „Jugendänderungen“ in der Räumung der Sanktionsstädte, über die immer noch keine klare Neufassung vorliegt, in der Entwaffnungsfrage und in der Knebelung der deutschen Luft-

fahrt seiner Politik gefällig zu machen. Die sich in letzter Zeit auflappend häufenden Pariser Pressestimmen, die uns bei einem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund Wiberungen in bezug auf die Entwaffnungsforderungen in Aussicht stellen, geben durchaus in dieser Richtung.

Die Gefahren der Briand'schen Politik für uns haben natürlich längst festgelegt, ehe sich eine bevorstehende Kursänderung des französischen Kabinetts abzeichnete. Daß sie aber in der Richtung eines neuen vertragstreuerischen Gewaltkurfes nach den Methoden des Nationalen Blocks durch eine endgültige Abgabe nach links bedeutend verhärtet würden, kann niemandem zweifelhaft sein. Diese endgültige Abgabe an die Linke hat die Regierung Painlevé bisher noch nicht vollzogen, und wenn das französische Vorkriegsrecht heute noch seine letzten Hoffnungen auf die am Sonntag in ganz Frankreich stattfindenden Kantonalwahlen legt, so liegt darin allerdings eine gewisse Berechtigung. Denn eine Wiederholung der bisherigen Wahlerfolge der Linksparteien könnte vielleicht der mehr und mehr nach rechts abgleitenden Regierung doch noch Veranlassung zu einer Revision ihres Kurfes geben. Immerhin bleibt zunächst, da die Kammer in den Ferien ist, die Haltung der französischen Regierung noch recht unklar. Um so mehr aber hätte man bei uns alle Veranlassung gehabt, fast gegenstandslos innere Kriege an die Wand zu malen und eine Verschleimung der Antwort zu betreiben, die weitere Entwicklung in Frankreich abzuwarten. Denn das eine dauernde Verschiebung des inneren Schwergewichts nach rechts nicht ohne sehr bedeutsame Folgen für die französische Außenpolitik bleiben kann, ist ebenso sicher wie die Notwendigkeit für uns, gerade einer nach rechts neigenden französischen Politik gegenüber jeden deutschen außerpolitischen Schritt, der sich gegen die politischen Kräfte Briands richtet, so eindrucksvoll wie möglich zu gestalten.

## Wendernng des Personalabbaus im Reichstag.

### Lärmende Beratung über das Recht zum Tragen der Uniform.

Angenommen in allen drei Lesungen wird das Gesetz über die Sozialversicherbarkeit in Heanpten. Ebenfalls zur Annahme gelangt der Beschluswurf über die Aufhebung der Verordnung zur Sicherstellung des Warenumschlages.

Es folgt die dritte Beratung der Vorlage zur Wendernng des Gesetzes.

#### Rinderarbeit in gewerblichen Betrieben.

Nach dem Ausschusbeschlus dürfen zu Nichtvollstehnahmen Kinder nicht herangezogen werden. Nach einem Kompromissantrag Deutsch (Zentr.) kann die untere Verwaltungsbehörde bei Kindern über 3 Jahren im Einzelfalle Ausnahmen anlassen, wenn weder durch den Gegenstand der Aufnahme, noch durch die Tätigkeit des Kindes, oder die Verhältnisse, unter denen die Aufnahme stattfindet, Schädigungen des Kindes in ständiger, zeitlicher oder gesundheitlicher Hinsicht oder eine Ueberreizung seiner Phantasie zu besorgen sind. Vor der Erteilung des Erlaubnis soll die untere Verwaltungsbehörde das Jugendamt, und, soweit es sich um schulpflichtige Kinder handelt, die Schulaufsichtsbehörde oder die von dieser bezeichneten Stellen anfragen. Die Erlaubnis ist an Bedingungen zum Schutze der Gesundheit, der Sittlichkeit, und, soweit es sich um schulpflichtige Kinder handelt, des unterrichtlichen Erfolges zu knüpfen. Bei Kindern unter drei Jahren sind Ausnahmen nur im Interesse der Wissenschaft und der Pädagogik zulässig.

Abg. Frau Schröder (Soz.) will die Kinder grundsätzlich von den Hilfsmitteln fernhalten und will auch im Interesse der Wissenschaft keine Ausnahme zulassen. — Abg. Rube (Woll.) tritt der Rednerin bei.

Die dritte Lesung wird beendet. Die Abstimmungen sollen später stattfinden. Obwohl der Präsident dagegen protestiert, daß es zur Gewohnheit geworden sei, die Abstimmungen massenweise zu erledigen.

#### Die zweite Lesung des Gesetzes zur

#### Wendernng des Personalabbaues

wird darauf fortgesetzt. Abg. Dr. Fried (Woll.) beantragt, leistungsfähige abgebaute Beamte auf ihr Verlangen wieder in Dienst zu stellen.

Der Redner fordert weiter, daß Beamte und Angestellte, die nach dem 1. November 1918 ohne die vorgeschriebene Ausbildung und berufsmäßige Vorbereitung aus parteipolitischen Rücksichten angestellt, sofort ohne Anspruch auf Entschädigung oder Verlokung zu entlassen sind. Das gleiche soll für Angestellte der jüdischen Masse gelten. Es kommt zu großen Tumulten, als der Redner dann den sofortigen Wobau der Revolutionen beantragt und von den „Creaturen des Sozialismus“ spricht. Der Redner fordert dann weiter unter heftigem Beifall der Linken den Abbau der jüdischen Beamten, die sich überall eingemischt hätten, besonders in den Deutschen Werken.

Abg. Schmidt (Zentr.) wendet sich in großer Erregung gegen den Vortrager, der als Oberamtmann bei der Polizeidirektion in München von der Republik, die er so schwer bekämpft, befreit wurde.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. In der Generaldebatte wendet sich Abg. Frau Kemig (Soz.) gegen die bei der Revision der Abbaueverordnung festgelegten Ausnahmedeterminungen gegen die weiblichen Beamten. Diese Ausnahmedeterminungen seien verfassungswidrig.

Staatssekretär Santer erklärt, daß es sich hier in erster Linie nicht um eine Rechtsfrage handle, sondern um eine Frage der wirtschaftlichen Betriebsführung.

Bei der Abstimmung wird ein sozialdemokratischer Antrag, die Vorlage auch auf die Länder und Gemeinden auszudehnen, im Hammerspruch mit 181 gegen 162 Stimmen abgelehnt. Abgelehnt wird auch der wölkische Antrag auf Abban aller Juden und anderen Beamten, die ohne Vorbildung aus parteipolitischen Gründen in ihre Stellung gelangt sind. — Ein weiterer Hammerspruch muß dann über einen sozialdemokratischen Antrag stattfinden, der die Abfindungen zu Gunsten für ausscheidende Beamte erhöht. Nur den Antrag stimmen mit der Linken auch Teile des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und die Demokraten. Der Antrag wird mit 192 gegen 147 Stimmen angenommen.

Angenommen wird auch ein Antrag der Regierungsparteien, wonach bei Neueinstellungen unter den Parteistandbeamten vorausweise verdänate Auslands-, Kolonial- und Grenzdeutsche und ehemalige Beamte des Reichslandes Glück Vorbringen berücksichtigt werden sollen. — Ueber sozialdemokratische und demokratische Anträge auf Aufhebung des Art. 14 über die weiblichen Beamten wird namentlich abgelehnt. Für den Antrag stimmen außer den Antragsstellern, den Kommunisten und Wölkischen, sämtliche weiblichen Abgeordneten. Der Antrag wird mit 180 gegen 179 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Das Haus unterbricht dann die Weiterberatung und nimmt die ausgesetzte Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag zur Rinderarbeit bei Hilfsmitteln an. Nach dem Antrage sollen auch Ausnahmen im Interesse der Wissenschaft und Pädagogie nicht zulässig sein. Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 191 gegen 171 Stimmen abgelehnt. Nach dem Antrage der Regierungsparteien sollen diese Ausnahmen nur zulässig sein, wenn besondere Vorkehrungen zum Schutze der Gesundheit der betreffenden Kinder getroffen sind. Die Vorlage wird darauf in dritter Lesung endgültig angenommen. — Die zweite Lesung der Personalabbaueverordnung wird darauf fortgesetzt.

Die Vorlage wird in zweiter Lesung angenommen. Die dritte Lesung wird auf Wunsch der Regierung ausgesetzt und es wird die

#### erste Beratung des Militäruniformgesetzes

fortgesetzt. Abg. Graf zu Eulenburg (D.M.): Die rechtliche Seite dieses Beschluswurfes ist bereits vom Herrn Reichswehrminister eingehend behandelt worden. Wir beantragen Ueberweisung an den Ausschus. Es blieb dem Redner der sozialdemokratischen Fraktion vorbehalten, die Beratung dazu auszunutzen, um das Votenzollernhaus, den Herrn Reichspräsidenten, die alte Armee und das gesamte Offizierskorps auf einer selbst für das Niveau dieses Hauses ungewöhnlichen Weise zu beschimpfen. (Stürmische Unterbrechung links.) Die Beschimpfen haben nur noch über solchen widerigen Angriffen. Die Taten der alten Armee und ihres Offizierskorps sind für alle Zeiten im Buch der Weltgeschichte verzeichnet. Wir haben daher für eine Gewinnung, wie sie in den Auslassungen des sozialdemokratischen Redners zum Ausdruck kam, nur eine Empfindung grenzenloser Verachtung, (Wohlbekannter Beifall rechts und großer Lärm links.)

Zu stürmischen Zwischenfällen kommt es dann bei der Rede des wölkischen Abgeordneten v. Kamin, dessen Ausführungen die Sozialdemokraten in helle Wut versetzen. Der Staat ist berechtigt, erklärt der Redner, Vorschriften über das Tragen der Uniformen zu erlassen. Von Standesdünkel ist keine Rede! Standesdünkel ist albern. Es gibt aber eine berechtigte Form der Verdienste. Ich frage die Sozialisten, was sie für Verdienste um das Vaterland haben? Die Offiziere haben sich ihre Verdienste durch Verdienste um das Vaterland erworben. Bei den Sozialisten aber gibt es Leute, die sich eine Pension ohne jedes Verdienst um das Vaterland erworben haben. Und um jeden Standesdünkel auszuschließen, erklärt der Redner, würden seine Freunde, wie auch die übrigen Rechtsparteien, nichts dagegen finden, wenn allen alten Soldaten, nicht bloß den Offizieren, sondern auch den Mannschaften, das Tragen der alten Uniformen gestattet würde. Unter dem Offizierskorps hatte in der alten Armee eine strenge Auslese bestanden. Ihre Republik (nach links) ist uns das Symbol einer händlichen Unwürdigkeit gegenüber den früheren Feinden. (Zu den Redner auf der Linken.) Haben Sie nicht die Revolution gemacht, angeblich um das Proletariat zu befreien und den Kapitalismus niederzutreten? (Die stürmischen Zwischenrufe von links und rechts legen sich fort.)

Das Ende Ihrer Revolution aber ist der Dawes-Pakt. Wir sind der Ansicht, daß sowohl Offiziere wie Mannschaften im Kriege ihre Pflicht getan haben. Die Parteilagitation sollte endlich einmal verumtun.

Es ist gesagt worden, durch die Ermordung Erzbergers und Rathenau sei das Offizierskorps entehrt worden. Die Leute, die diese Verbrechen begangen haben, gehören nicht zu denen, die auf Grund der Bestimmungen des vorliegenden Entwurfes das Recht zum Tragen der Uniformen haben. Ich verurteile solche Verbrechen. Aber Sie (zu den Sozialdemokraten) haben immer noch einen Herrn Adler unter sich! (Entzündungsruf der Sozialdemokraten, die vor der Rednertribüne zusammenstürmen und heftig auf den Redner einreden.) Ihre Stellung zum politischen Morde ist nicht immer so gewesen. In Berlin sind neuerzeit 30 Offiziere umgebracht worden, nachdem ihnen vorher gesagt worden ist, es würde ihnen nichts geschehen. (Der Tumult erreicht seinen Höhepunkt.)

Nachdem der sozialdemokratische Abgeordnete Sölmann dem Redner wiederholt „Vägnen“ zugerufen hatte, erwiderte dieser dem Abg. Sölmann: „Wenn Sie Jammerschreie mit ohne parlamentarischen Schutz morgen früh mit der Waffe gegenüberstehen müßten, würden Sie mich nicht Vägner nennen!“ (Die Sozialdemokraten antworten auf diese Worte mit wütendem Geheul.)

Vizepräsident Dr. Well bittet vergeblich, daß die Abgeordneten zurücktreten und ihre Plätze einnehmen mögen. Die gedrangte Menge bleibt vor der Rednertribüne stehen und unter dem heftigen Beschallungen und den erregten lauten Rufen kann der Redner nicht weiterprechen. Vizepräsident Dr. Well fordert schließlich nochmals die Abgeordneten auf, ihre Plätze einzunehmen, aber nur die Abgeordneten der Rechten kommen dieser Aufforderung nach. Die Linke bleibt an der Rednertribüne stehen und hindert den Redner weiter am Sprechen.

Vizepräsident Dr. Well unterbricht schließlich die Sitzung auf fünf Minuten. — In der wiederaufgenommenen Sitzung schlägt Vizepräsident Dr. Well vor, zunächst den Abg. v. Kamin zu Ende sprechen zu lassen. Die Linke entgegnet auf diesen Vorschlag aber mit wildem Rein-Rein-Geheul. Schließlich wird nach erregten Auseinandersetzungen ein sozialdemokratischer Antrag auf Vertagung angenommen. Unter Ablehnung eines Antrages auf Abhaltung einer Sitzung am Sonnabend verlag sich das Haus auf Dienstag nachmittag. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Lesung des Gesetzes, betreffend die Ausübung des Rechts zum Tragen der Militäruniformen, sowie die zweite und dritte Beratung des Reichsversorgungsgesetzes und Ergänzungen zu dem Reichshaushaltsplan.

#### Der Endkampf um die Aufwertung.

Die Reichstagsrede des deutschnationalen Führers, Abgeordneten Derat, über die Aufwertung vom 10. Juli 1925 ist unter dem in der Ueberschrift genannten Titel im Sonderabdruck „Deutschnationale Schriftenvertriebsstelle, Berlin E. B. 11, Bernburger Straße 24“ erschienen. Wenn die Rede im Parlament außerordentlich starken Eindruck machte, so vertieft sich dieser Eindruck noch beim Lesen der Rede, die zweifellos als die beste Einföhrung in das Problem der Aufwertung zu bezeichnen ist.

## Die zweite Ausschuhlegung der Einkommensteuer.

(Erobtmeldung unfer Dresdner Schriftstella.)

Berlin, 17. Juli. Der Steueransuch des Reichstags sollte die zweite Beratung der Einkommensteuer aussetzen. Eine Erörterung entspann sich um die Versteuerung von sonstigen Leistungsergebnissen. Die Regierungsvorlage will solche Leistungsergebnisse freilassen, wenn die Einnahmen im Steuerabchnitt den Betrag von 500 M. nicht übersteigen. Einem Kompromiss entsprechend wurde die Bestimmung so formuliert, daß Einkünfte aus Veräußerungsgeschäften der Besteuerung nur dann unterliegen, wenn sie als Spekulationsgeschäfte anzusehen sind. Die Besteuerung erfolgt a. V. nicht, wenn der Steuerpflichtige darzut, daß der veräußerte Gegenstand nicht zum Zwecke gewinnbringender Weiterveräußerung erworben worden ist.

Die Vorschrift zur Abgabe einer Steuererklärung wurde wie folgt gefast: Zur Abgabe einer Steuererklärung sind verpflichtet:

1. Steuerpflichtige, deren Einkommen den Betrag von 8000 Reichsmark übersteigt hat.
2. Ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens Steuerpflichtige, bei denen der Gewinn auf der Grundlage des Abschusses ihrer Bücher zu ermitteln ist.
3. Ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens Steuerpflichtige, die hierzu vom Finanzamt besonders aufgefordert werden.

Im übrigen erläßt der Reichsfinanzminister die näheren Bestimmungen über Umfang und Inhalt der Steuererklärung, sowie über den Zeitpunkt der Abgabe. Der kommunifische Antrag, im Einkommensteuergesetz die Bestimmung der Offenlegung der Steuerlisten einzufügen, wurde abgelehnt.

## Die Verhandlungen mit dem Zentrum über das Zollkompromiß.

Berlin, 17. Juli. Bezüglich der Verhandlungen über ein Zollkompromiß hören wir, daß die unter den Regierungsparteien mit Vertretern des Zentrums geföhrten Verhandlungen so weit gediehen sind, daß sich die Grundlage eines auch vom Standpunkt der Arbeitnehmerschaft annehmbaren Kompromisses abzeichnet, dem auch die Arbeitnehmervertreter im Zentrum zustimmen werden. Man hofft, vielleicht noch morgen in der Hauptsache zu einer Verständigung zu kommen.

## Der bedenkliche Fehlbetrag im Reichshaushalt

Berlin, 17. Juli. Im Steueransuch des Reichstags hat bekanntlich Reichsfinanzminister v. Schlieben die Mitteilung gemacht, daß der Haushalt für 1925 mit einem Fehlbetrag von rund 760 Millionen Goldmark abschließt. Wenn auch anzunehmen ist, daß sich dieser Fehlbetrag zu einem Teil ermäßigen und auf etwa 400 Millionen Mark herabsinken wird, so ist doch die Tatsache an und für sich bedenklich genug, angesichts der vielen Beschlüsse des Reichstages, die die Reichskasse mit neuen Aufwendungen belastet. Es wird nämlich durch die neuen Beschlüsse des Reichstages der Fehlbetrag sich dann wieder auf etwa rund 700 Millionen Mark erhöhen, so daß also der Haushalt für 1925 mit einem Fehlbetrag von der genannten Summe abschließen wird. Im Jahre 1926 ist an Reparationen eine Summe von bereits 500 Millionen Goldmark zu bezahlen. Dazu tritt, daß sich dann auch die Anteilnahme an auswärtigen Werten, während sich andererseits Rückgänge in den Einnahmen des Reiches durch Ermäßigung der Einkommensteuer usw. ergeben werden, so daß die Finanzlage des Reiches kein rosiges Aussehen zeigt.

## Neues feindliches Schandurteil.

Paris, 17. Juli. Das Kriegsgericht von Nancy hat gestern den bairischen General Schach in contumaciam zu 20 Jahren Zwangsarbeit und 20 Jahren Aufenthaltshandlung verurteilt. Am 10. August 1914 war eine bairische Brigade in das Dorf Ronhigngn eingezogen. Angeblich habe dort ein bairischer Soldat einen Gewehrschuh abgegeben, worauf die deutschen Behörden behauptet haben sollen, daß die Einwohner auf die Truppen geschossen hätten. Als Pressefalle seien der Bürgermeister und sein Gehilfe als Geiseln fortgeführt und zwei alte Leute ohne Urteil erschossen worden. Darauf hätten die bairischen Soldaten die ganze Ortschaft angezündet. 47 Häuser, darunter das Gebäude der Mairie sowie die Kirche, seien zerstört worden.

## Eine englische Flottenbaukrise?

London, 17. Juli. Die Abendblätter melden, innerhalb der Regierung sei eine Meinungsverschiedenheit wegen des Kreuzerbauprogramms entstanden. Es behaupte die Möglichkeit eines Rücktritts des ersten Vordors der Admiralität Fieldman, falls die Forderungen der Admiralität abgelehnt werden sollten. Das Kabinett hielt bereits zwei Sitzungen über diese Frage ab. Es sei jedoch noch zu keiner Entscheidung gelangt. Die Mehrheit der Regierung sei gegen die Admiralität, vor allem Churchill, der im Falle einer Stapelleistung von fünf Kreuzern in diesem Jahre mehrere Millionen Pfund für diesen Zweck bereitstellen müßte. (W. Z. B.)

## Forchomme Oberkommandierender der Rheinlandkommission.

(Vagner Drahtbericht der Dresdner Nachrichten.) Brüssel, 17. Juli. Der Außenminister hat die Ernennung des früheren Kriegsministers Forchomme zum Oberkommandierenden der Rheinlandkommission der französischen und englischen Regierung zur Genehmigung unterbreitet. Forchomme wurde anfänglich seiner Ernennung zum bevollmächtigten Gesandten befristet.